

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

74 (29.3.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 S Zustellgebühr; ab-
schalt in der Geschäftsstelle und in Abgaben 2.- M; am Reichshof
1.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelgenplatz 20 S.
Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleite 60 S, auswärts 70 S. Die
1/4-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr. Reklamezeile 2.50 M. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Annahme-
Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 431. schluß 1/9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die neue Regierung gebildet.

Die Ministerliste.

W.B. Berlin, 27. März. (Antik.) Nachdem das Kabi-
nett Bauer zurückgetreten war, hatte der Reichspräsident den
Minister des Auswärtigen mit der Bildung des neuen
Kabinetts betraut. Diese Kabinettsbildung hat zu folgendem
Ergebnis geführt:

- Reichskanzler: Müller, der einstweilen Minister des
Auswärtigen bleibt und mit seiner Vertretung im Geschäftsbereich
des Auswärtigen Amtes im Behinderungsfalle den Unterstaats-
sekretär Grafen v. Saniel beauftragt hat;
 - Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsministers des
Innern Dr. Koch (Dem.);
 - Reichsminister der Finanzen Dr. Birkh (Zentr.);
 - Reichswehrminister Dr. Gessler (Dem.);
 - Reichsminister für Justiz Dr. Buns (Dem.);
 - Reichswirtschaftsminister Schmidt (Soz.);
 - Reichsarbeitsminister Schilde (Soz.);
 - Reichspostminister Giesberts (Zentr.);
 - Reichsfinanzminister Bauer (Soz.);
 - Reichsverkehrsminister Dr. Bell (Zentr.);
 - Reichsernährungsminister Herms (Zentr.);
 - Reichsminister ohne Portefeuille Dr. David (Soz.);
- Das Reichsministerium für Wiederaufbau wird in den näch-
sten Tagen gebildet werden.

Das neue Kabinett wird sich am Montag der Natio-
nalsammlung vorstellen. Der Reichskanzler wird program-
matische Ausführungen machen und sich über die Ereignisse der
letzten Tage ausdrücken.

Nach langem Hin und Her ist endlich in letzter Stunde
die endgültige Liste des neuen Kabinetts herausgekommen, nach-
dem schon eine Reihe anderer Namen in die Welt hinausge-
schleudert worden waren. Als der Gedanke auftauchte, zur Lö-
sung der verzwickten Lage, wenigstens bis zu den Neuwahlen,
eine reine Arbeiterregierung zu bilden, an der die
Christlichen und die Kirch- und Arbeitervertreter teil-
nahmen, wurde dies als eine verständliche Konzeption an die Ar-
beitererschaft aufgeführt, die vor allem eher verbürgte, daß der
berühmte Kurs gegen rechts auch wirklich eingeschlagen
würde. Bei näherer Beurteilung mußte sich natürlich
jedem sagen, daß dies nichts für die Dauer sein könne,
sinn die einzelnen Widerstände waren doch zu groß. Vor allem
soll das Zentrum sich gegen die Beteiligung der Unabhängigen
gewandt haben, während sich die Demokraten damit ab-
gefunden hätten. Sollte dies zutreffen, so können wir nicht
recht verstehen, warum die sog. Fraktion nicht auf ihrem Stand-
punkt beharrte. Die einzelnen Gründe, warum man den Plan
einer Arbeiterregierung fallen gelassen hat, werden von der
Fraktion wie folgt begründet:

Das parlamentarische Regime weist als besondere Schwie-
rigkeit den Fall auf, eine Regierung zu ersehen, die einer Par-
teikoalition entspricht, wenn sich die Regierung nicht halten kann.
Auf diese Spitze trieben diese Schwierigkeiten in diesen Tagen
in Berlin, weil sich äußere parlamentarische Kräfte einen Ein-
fluß auf die Zusammenfügung des neuen Kabinetts erzwungen
hatten. Die Rechte dieser Arbeitermassen, die den Kapp-Putsch
niederzuwerfen, wurden faktisch anerkannt, wenn auch formell
und vielfach unausgesprochen mancher Widerstand gegen diese
von den Arbeitern erworbenen Rechte vorhanden war.

Nach allen Voraussetzungen mußte man annehmen, daß das
neue Kabinett im wesentlichen verbleiben sein würde von dem
bisherigen Ministerium Bauer, doch zeigte sich, daß an dem
Staatsverhältnis und an der Einflußnahme der einzelnen Par-
teien nichts Wesentliches zu ändern war. Eine reine Ar-
beiterregierung war nicht zu erlangen, weil, wenn sie auch
unter dem Druck der Massen erwachsen wäre, ihr unter den ge-
gebenen Verhältnissen die Möglichkeit verlag geblieben wäre.
Deutschland in seinem Bestande zu erhalten, den separatistischen
Bestrebungen im Westen und Süden ausreichendes Gegengewicht
zu geben und die Ernährung der Bevölkerung durch genügende
Ablieferung aus dem Innern und durch ausreichende Zufuhr
von außen zu sichern. Ebenso könnte eine Arbeiterregierung
nicht erfolgen, daß ihr der interalliierte Kapitalismus die für
das Wiederaufleben der deutschen Volkswirtschaft notwendigen
Kapitalien vorstrecken würde. Das Ziel einer deutschen Arbeiter-
regierung leuchtet uns vor, aber der Abstand von ihr ist heute
noch zu überwinden.

Das neue Kabinett unterteilt sich auch wenig vom alten,
trotzdem es sich um Personen dreht. Dessen mehr werden wir aber
darauf dringen, daß die Taten des neuen Kabinetts zum Vorteil
der Arbeiter sich möglichst stark und reichlich glücken vom alten
Kabinett unterscheiden. Es bleiben im neuen Ministerium, wenn
es sich heute in der Nationalversammlung vorstellen sollte, Bauer
und Müller, wenn auch mit veränderten Würden; der Wirtschafts-
minister Schmidt, der Reichsarbeitsminister Schilde, in dessen
Ministerium einige Arbeitervertreter delegiert werden; endlich
Genosse David, als Minister ohne Portefeuille, also förmliche so-
zialdemokratische Minister mit Ausnahme von Noke.

Da der Reichswehrminister in die Hände der Demokraten
übergeht, soll ein sozialdemokratischer Unterstaatssekretär in die-
sem Ministerium wirken. Wahrscheinlich wird es der Genosse
Krieger (Kotsdam) sein. Das Ministerium selbst wird von dem bis-
herigen Wiederaufbauminiater Dr. Gessler geleitet werden, dafür
soll aber das Wiederaufbauminiaterium eine sozialdemokratische
Stütze erhalten. Neben Gessler bleibt von den Demokraten Koch
als Minister des Innern. Dem Zentrum verbleibt Giesberts als
Stellvertreter, Bell als Verkehrsminister.

Der neue Reichskanzler.

Hermann Müller ist geboren am 18. Mai 1876 zu Mann-
heim als Sohn eines Fabrikdirektors. Er besuchte zunächst die
Volksschule, dann das Gymnasium in Mannheim und trat von
bis zum Einjährigen (1892) in das Realgymnasium Dresden-
Neustadt über. 1892 bis 1895 kam er nach Frankfurt a. M.
in eine kaufmännische Lehre, nach deren Beendigung er bis
1899 in Breslau tätig war. 1899 bis 1906 war er Redakteur
in Göttingen und ist seit 1906 Mitglied des Vorstandes der deut-
schen Sozialdemokratie. 1916 bis 1918 gehörte er als Mitglied
dem Reichstag für den Kreis Reichenbach-Neudorf an und war
vom 11. November bis 21. Dezember 1918 Mitglied des Voll-
zugsrats und von da ab des Zentralrats der deutschen Republik.

Dr. Josef Birkh.

Der neue Reichsfinanzminister, stammt aus Freiburg, wo er 1879
als Sohn eines Pastorenmeisters geboren wurde und wo er
nicht allein die Schule und die Univerfität besuchte, sondern
auch bis zum Kreisstudium als Mathematikprofessor an dem
dortigen Realgymnasium tätig war. Als Doktor der Philo-
sophie wurde er 1906 promoviert. Als Mitglied der Zentrums-
partei hat sich Dr. Birkh schon eine Reihe von Jahren hindurch
betätigt. Im Jahre 1911 wurde er in den Bürgerausschuß
seiner Heimatstadt gewählt, und von 1913 ab bis zum Kriegs-
ende war er Vertreter des damaligen 18. Wahlkreises (Frei-
burg Stadt I) in der Zweiten Kammer und auch Mitglied des
Reichstags, in dem er den Wahlkreis Offenburg-Rehl vertrat.
Während des Krieges war Dr. Birkh in der freiwilligen Kran-
kenpflege an der Westfront tätig. In den Revolutionsjahren
wurde ihm der Posten des Finanzministers in der ersten badi-
schen Volksregierung übertragen, den er bis zu seiner jetzigen
Berufung nach Berlin innegehabt hat.

Dr. Der bisherige badische Finanzminister Dr. Birkh wird
nun nach Berlin gehen, um das Reichsfinanzminister-
rium zu übernehmen. So sehr wir politisch dem Reichsmini-
sterium diesen Gewinn gönnen und so herzlich wir unserem
Landmann zu einer Berufung, die ihm sicherlich noch weitere
Wege ebnet, gratulieren, so sehen wir doch nicht an zu erklären,
daß wir diese Berufung im Interesse unseres Landes sehr be-
dauern. So wenig das Reich, so wenig ist auch Baden reich an
übertragenden politischen Köpfen, die mit Initiative und Fähig-
keiten, Wissen und diplomatisches Geschick verbunden. Hierüber
verfügt jedoch der bisherige badische Finanzminister, dem zudem
eine passende Metrolit eigen, in starkem Maße. Besondere-
lich das Baden diesen Mann, der getragen ist von starker demo-
kratischer Überzeugung und tiefem sozialen Empfinden,
trauener ziehen läßt, wobei als Trost bleibt, daß seine starke
Wirksamkeit namentlich dem Reichsganzen zugute kommt, wozu
wir ihm aufrichtig Glück wünschen.

Als Dr. Birkh nach beständigem Wahlkampf im letzten Frie-
denslandtag ins badische Landesparlament — kurze Zeit später
auch in den Reichstag — kam, trat er zwar nicht gleich stärker
hervor. Einige Neben genügen jedoch, um zu zeigen, daß das
Zentrum hier einen jungen Parlamentarier hatte, dem selbst
unter damaligen Verhältnissen eine große Laufbahn sicher war.
Und es war unser besterbedenkter Genosse Ludwig Frank, der
bereits damals dem Schreiber dieser Zeilen gegenüber auf eine
große Zukunft des jungen Volksvertreters hinwies. Nach dem
Kriege übernahm Herr Birkh das Finanzministerium, später
dazu noch die Eisenbahnen, die er beide mit großem Erfolg
leitete. Vor allem gelang es ihm dabei, in weitem Maße das
Vertrauen der Arbeiterschaft zu erwerben, die in
diesem Zentrumsmittler einen der sichersten Wirken einer
demokratischen Koalitionspolitik sah. Dieses Vertrauen hat
Herr Birkh glänzend gerechtfertigt und er wird es — dessen
sind wir sicher — auch in seiner künftigen Tätigkeit im Reich
rechtfertigen.

Die „Karlsruher Zeitung“ gibt im Leitartikel ihrer Frei-
tagnummer ihrer Freude Ausdruck, daß ein hervorragender
Mann, wie Birkh, ins Reichskabinett einzieht. Das Regie-
rungsorgan rühmt die glänzenden Rednerfähigkeiten Birkhs,
seinen unerschöpflichen und mutigen Charakter und seine ziel-
bewußte Politik und fährt fort: „Birkh empfindet sozial und
volkstümlich, er ist kein kleinlicher Bürokrat. Seiner Lauffähigkeit
und Großzügigkeit seiner Entschlossenheit und Mannhaftigkeit
hat das badische Volk sowohl, wie auch die badische Regierung
ungemein viel zu verdanken. Das Birkh auf dem Gebiet der
Finanzen geleistet hat, sichert ihm ein für allemal eine über-
ragende Stellung in der Geschichte unseres Landes.“

Justizminister Blum.

Der neue Justizminister Blum ist am 20. Dezember 1871
in Kempten (Schl.-Holstein) geboren, hat nach Absolvierung des
Gymnasiums Jura studiert und ist heute Rechtsanwalt in Ham-
burg. Seit 1904 gehört er als Mitglied der Hamburger Bür-
gerschaft an (Ver. Liberale). 1912 bis 1918 war er Reichstags-
mitglied für den Kreis Lönben (Hortfch. Wp.).

Neubildung der preussischen Regierung.

W.B. Berlin, 27. März. Die Verhandlungen der Mehr-
heitspartei haben heute nachmittags das Ergebnis gehabt, daß
das preussische Staatsministerium wie folgt zusam-
mengefaßt werden soll: Ministerpräsident und Landwirtschaft:
Braun, Inneres: Severing, Unterricht: Gaensisch,
Finanzen: Lüdemann, Deutsches Reich: Deser, San-
del: Fischbeck, Volkswirtschaft: Stegerwald, Justiz: Dr.
zum Schntzoff.

Eine Woche Nachrevolution.

Von Heinrich Schulz, Unterstaatssekretär, M. d. R.

Die monarchistisch-militaristische Reaktion war über-
müht geworden. Sie glaubte den Zeitpunkt gekommen,
den Errungenschaften der Novemberbewegung von 1918
ein rasches Ende bereiten und damit die junge deutsche Re-
publik und ihre Verfassung zu einem Gegenstand geschicht-
licher Untersuchung machen zu können. Rapp war nur
die Puppe Ludendorffs, Ludendorff aber wäre nur Plak-
halter für den ersten handfesten und starknervigen Fürsten
gewesen, der den Militärs in die Hände gelassen wäre.

Die Herren Verschwörer konnten ihren Standpunkt mit
einigen Gründen stützen. Ihr Haupttrumpf war die un-
glückselige Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung.
Bei Ausbruch der Revolution stand die große Mehrheit der
deutschen Arbeiter unzweifelhaft auf der Seite der sozial-
demokratischen Partei. Im Laufe der letzten anderthalb
Jahre sind aber viele Arbeiter zu den Unabhängigen über-
gegangen. Das waren hauptsächlich solche, die von der Ueber-
nahme der Regierung durch die Sozialdemokratie sofort die
gebratenen Tauben des Zukunftsstaates erwartet hatten und
als diese ausblieben, sich verärgert abwandten und im Lager
der tapfer schmählenden Opposition Unterkunft suchten. Die
Kommunisten suchten im ersten Halbjahre der Revolution
mit immer erneuter Energie durch Waffengewalt die Revo-
lution auf die Wege des internationalen Bolschewismus zu
treiben. Die Unabhängigen erkannten zwar die Unmöglich-
keit und Sinnlosigkeit solchen Tuns, aber so oft wieder ein
spartakistischer Ruch vorbereitet, durchgeführt oder liqui-
diert wurde, standen sie in zweideutiger Haltung dabei, stets
darauf bedacht, der mehrheitssozialistischen Regierung die
denkbar größten Schwierigkeiten zu bereiten. Wir selber
aber mußten notgedrungen, wenn auch schweren Herzens,
mit Waffengewalt die spartakistischen Ruchversuche nieder-
schlagen, und dafür, da uns ausreichende Kräfte aus der
Arbeiterschaft nicht zur Verfügung standen, bürgerliche
Hilfe, Soldaten und Offiziere, in Anspruch nehmen.

Die Herren kamen gern. Anfangs um ihre volle Loyalität
gegenüber den neuen Verhältnissen auf möglichst aus-
fällige Weise zu bekunden. Habe ich doch selber im No-
vember 1917 als damaliger nächster persönlicher Mitarbei-
ter Eberts in der Reichskanzlei die erste Unterredung mit
Kapp geführt, in der dieser Tapfere uns seine Ergebnisse
demutsvoll zu Füßen legte und hoch und heilig versicherte,
daß die neue revolutionäre Regierung von der Rechten gar
nichts zu befürchten habe. Aber in den Kämpfen gegen die
Spartakisten und Unabhängigen wuchs allmählich ihr
Selbstgefühl, das mit der leidlichen Ruhe und Ordnung, die
langsam in Deutschland einkehrten, nur zunahm, denn sie
schrieben sich selber in letzter Linie diese Entwicklung zu.
Dazu kam, daß ein neues Seereswesen aufgebaut werden
mußte, wobei die Verwendung vieler Offiziere des alten
Seeres nicht zu vermeiden war; nicht jedem aber war an
der Nase abzuhähen, ob er seinen Eid auf die Verfassung
ernst nahm oder ihn nur für eine bedeutungslose Farce
hielt, da, wie einer der Eidbrüchigen dieser letzten Tage sich
herauszureden versuchte, ja das Wort „Gott“ darin fehlte.

Die darin liegende Gefahr wurde von der Partei nicht
unterschätzt, zahllose Fälle von militärischer Ueberheblichkeit
an leitender Stelle auch zur Kenntnis gebracht. Aber der
verantwortliche Genosse, Noke, wies die stets wiederholten
Angriffe und Beschwerden immer mit der gleichen Geisid-
lichkeit und Energie zurück, jedoch man schließlich zu der
Auffassung kommen mußte, daß entweder Noke im Recht
und damit alles aufs beste bestellt sei, oder daß eines schönen
Tages ein fürchterliches Erwachen kommen werde.

Leider ist das letztere eingetreten und damit Noke und
seine Militärpolitik so gründlich desavouiert, daß es dafür
nach der persönlichen Seite hin nur eine Sühne geben kann:
den sofortigen Rücktritt Nokes.

Doch dieses Persönliche ist eine Nebenfähigkeit gegen-
über der sachlichen Bedeutung und Auswirkung der mili-
tärlichen Konterrevolution vom März 1920. Als das Un-
heil geschehen war und die verfassungsmäßige Regierung
durch die Reize nach Dresden, später nach Stuttgart, am
besten ihre Handlungsfreiheit wahren zu können hoffte,
standen die in Berlin zurückgebliebenen Politiker, Minister
und Abgeordnete, ferner die politischen Mehrheitspartei
im ganzen vor der unendlich schweren Aufgabe, hier am
Sitze der Regierung, am politischen und wirtschaftlichen
Zentralpunkt Deutschlands, die Kappregierung schnellstens
zu stürzen, damit diese zu nichts andern werden konnte, als
was sie zunächst tatsächlich war: ein mitternächtiger Ge-
spensterhauf am helllichten Tage. Wäre der Sturz nicht in
einigen Tagen geglückt, hätte sich diese rebellische Pseudo-
regierung mit ihren monarchistischen Geheimtendenzen auch
nur einige Wochen zu halten vermocht, so wären die inner-
und außenpolitischen Folgen unabsehbar gewesen.

Drei Gründe waren es hauptsächlich, die den schnellen
Sturz der Kappdiktatur bewirkt haben. Der erste, mäch-
tigste und tatsächlich entscheidende war der von den sozial-
demokratischen Parteien und den Gewerkschaften entfesselt
Generalstreik. Die organisierten Arbeiter
Deutschlands, in erster Linie die zunächst be-
rufenen Berliner Arbeiter, haben in be-
wunderswerter Solidarität und mit

Seite 8
Kreuzstr.
2518
2502
2617

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

eiserner Energie der Rebellenregierung die eigentlichen Lebensquellen abgeschnitten. Das wirtschaftliche Leben Berlins stand mit einem Schläge still, keine Bahn fuhr, kein Schlot rauchte, fast kein Geschäft war offen. Und hinter dieser unheimlichen, gewaltigen, verhaltenen Kraft stand die eine unerlöschliche Forderung: fort mit der verbrecherischen Bande um Kapp und Lüttwitz!

Nicht unterschätzen darf man in den Kreisen der Arbeiter die starke Hilfe, die ihnen aus den Ministerien gekommen ist. Die Unterstaatssekretäre im Reich und in Preußen erklärten einmütig, daß ihr Eid auf die Verfassung ihnen gebiete, ihr Amt nur im Dienste der verfassungsmäßigen Regierung zu führen, und daß sie ironisch-weihe Weisungen von der Kappregierung nicht entgegennehmen würden. Der Gewalt würden sie weichen, aber mit ihnen der gesamte Beamtenstab, jedoch der Regierungsapparat stillstehen würde. Unter den Unterstaatssekretären gibt es nur vereinzelt einen Sozialdemokraten, wohl aber berührt bei diesen in alter preussischer Beamtenchule ergrauten Herren noch die konservative Gesinnung — sei es als Deutsche Volkspartei oder deutschnationale Partei — vor. Umso stärker mußte der Eindruck der geschlossenen Abwehr dieser Kreise auf die Kapprebellanten sein, zumal diese als Beamte die Bedeutung einer solchen Abgabe vom rein beamtentechnischen Standpunkt aus zu würdigen in der Lage waren.

Die dritte starke Kraft zur schnellen Niederrückung der Kappregierung war die geschlossene Haltung der drei Mehrheitsparteien. Zwar waren sie nur durch eine verhältnismäßig kleine Zahl von parlamentarischen Persönlichkeiten vertreten, aber unter ihnen befanden sich berufene Männer wie Gothein, Bachnick, Trimborn, Gerold; von unserer Partei waren Mitglieder des Partei- und Fraktionsvorstandes dabei. Die Parteien waren sich darin einig, daß sie allen mittelbaren und unmittelbaren Berührungen der Kappregierung und ihrer deutschnationalen Helfershelfer gegenüber, Verhandlungen anzubahnen und irgend einen faulen Frieden durch Verbreitung der Kabinettskrise unter Einziehung von „Kabinettsministern“ aus den Mehrheitsparteien abzuschließen, nur eine Antwort zu geben hätten: nur eine Art von Verhandlungen kann in Betracht kommen, und zwar die Verhandlungen der Nationalversammlung! Diese aufrechte und ablehnende Haltung der Parteien, in erster Linie mit bewirkt durch die entschlossene Haltung der Sozialdemokratie, hat auch den Widerstand der Bevölkerung gestärkt, sie hat wesentlich mit beigetragen zu dem schnellen Sturz der Kapp- und Korforsen.

Aber den Arbeitern genügte erfreulicherweise nicht die Abwehr und Zurückhaltung der militärischen Reaktion. Auf einen Schmelzen anderthalbe, so war ihre Lösung. Sie legten den Mehrheitsparteien Bedingungen politischer Art vor, von deren Annahme sie den Abbruch des Generalstreiks abhängig machten. Diese Bedingungen bedeuteten keinen verfassungswidrigen Druck, sondern sie waren nur eine logische Folge der Ereignisse. Die Arbeiter wollten nicht mit ihren Leibern die junge Republik und ihre Verfassung bedeckt haben, um bei nächster Gelegenheit wieder vor der gleichen Notlage zu stehen; sie wollten vielmehr Sicherungen haben, daß solche Notlage überhaupt nicht wieder vorkommen können; sie wollten auch einen unmittelbaren Einfluß auf die politische Leitung Deutschlands haben als es die bisherige junge Ueberlieferung im neuen Deutschland zugelassen hatte.

Daß wir Sozialdemokraten diesen Bedingungen gern zugestimmt, da sie unsern eigenen Wünschen nur entgegenkamen, ist selbstverständlich. Aber es galt, auch die beiden koalitierten Parteien zur Zustimmung zu bewegen, umvomehr, als die Unabhängigen sich auch in dieser kritischen Zeit wieder durchaus in unsrunderbarster, jede positive Zusammenarbeit ausschließender Isolierung gefielen. Auch das ist gelungen, nach mühevollen Verhandlungen, von denen die letzte und entscheidende von abends 6 Uhr bis zum anderen Morgen um 5 Uhr dauerte. Was dieser Vereinbarung eine besondere Bedeutung verlieh und voraus-

sichtlich auch noch weiterhin verleiht wird, ist der Umstand, daß sich zu den Gewerkschaften auf der einen Seite (dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Verband freier Angestellter und dem Deutschen Beamtenbund) auch noch insbesondere die Berliner Gewerkschaften gesellten, die in ihrer großen Mehrheit aus Unabhängigen bestehen und bei den Verhandlungen auch durch bekannte Berliner Unabhängige vertreten waren.

Die Revolte des Militärs ist so schnell abgeklungen worden, wie sie es verdiente und wie es die Militärs selber in ihrer Ueberheblichkeit ganz gewiß nicht erwartet hatten. Aber die Ereignisse haben mit dem 18. März, dem Tage, an dem die Kapp und Lüttwitz bedingungslos flohen, andererseits aber die Gewerkschaften mit ihren Forderungen auf den Plan traten, eine höhere Bedeutung gewonnen als lediglich die einer Niederrückung militärischer Rebellen. Das arbeitende Volk Deutschlands hat eine wichtige politische Aufgabe vor sich. Die junge demokratische Republik gesichert sein gegen rechts und links, sie kann damit alle schätzbaren Kräfte ihres Anfangs überwinden haben und am Anfang eines schweren aber hoffnungsvollen Aufstiegs stehen, wenn die deutschen Arbeiter aus den Ereignissen der letzten Tage die richtigen Schlüsfolgerungen ziehen. Der einwöchige Streik hat die Republik gesichert, nunmehr heißt es wieder arbeiten! Zugleich aber gilt es, unser deutsches Haus auch politisch endgültig in Ordnung zu bringen und alles alte Gerümpel von einwärts zu werfen. In Kürze werden voraussichtlich Neuwahlen sein. Sie werden die Probe daraufhin bilden, ob das deutsche Volk mündig geworden ist und fortan ungeführt durch Putzschiffen von rechts oder links Herr seines Geschickes sein will!

Politische Uebersicht.

Die Vorgeschichte des Militärputsches.

Von unterrichteter Seite wird über die Vorgeschichte des Militärputsches dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben: Der Putsch vom 18. März ist im Volltum vorbereitet worden. Der Stab der Eisernen Division sowohl wie holländische Magnaten sind daran in gleicher Weise beteiligt. Auf eine Persönlichkeit möchte ich besonders hinweisen. Leutnant v. Borries, ein Weserdivisionar, ist als Kriegsfreiwilliger eingetreten, ungefähr 28 Jahre alt und während des Krieges als Offizier befördert worden. Im Felde war er längere Zeit als Obermannsoffizier bei einer Division tätig. Nach der Revolution kam er nach Kurland und verließ dort beim Stab der Eisernen Division. In Kurland trat er in Beziehungen zu einem bekannten baltischen Magnaten, der im Januar 1918 die Krone von Kurland dem Könige von Preußen angeboten hatte. Dieser stellte bei Verhandlungen mit der Eisernen Division Unterstützung für monarchistische Bewegungen in Preußen-Deutschland in Aussicht.

Als im Herbst die Truppen der Eisernen Division das Baltikum verließen, begab sich auch der holländische Magnat nach Deutschland und traf sich in Berlin mit Herrn v. Borries. Hier wurde nun eine große monarchistische Propaganda ins Werk gesetzt. Die Truppen der Eisernen Division, die gemäß dem Befehl der Reichsregierung demobilisiert werden sollten, wurden nur zum Schein demobilisiert. Das heißt, man löste zwar die militärischen Verbände auf, ließ aber die Mannschaften als solche zusammen und quartierte sie auf dem Lande, hauptsächlich in Pommern und der Uckermark, bei Großgrundbesitzern ein. Die Leute blieben im Besitz ihrer Waffen. Sie wurden von den Großgrundbesitzern befristet, wurden aber auch entlohnt. Die Mittel stammten zum Teil aus russischen Quellen. So konnte es nicht auffallen, daß während der Tage der Kapp-Regierung in Berlin die betriebenen russischen Monarchisten eine außerordentlich freundliche Stellung zu der sogenannten neuen Regierung einnahmen.

v. Borries war der Mittelpunkt der Baltikumbewegung in Deutschland. Er brachte die demobilisierten Mannschaften unter und besorgte das Geld. Jeden Tag im Januar empfing er etwa 10 bis 20 entlassene Baltikumkrieger, die er nach den verschiedensten Gegenden Preußens zu Großgrundbesitzern in provisorische Einquartierung gab.

v. Borries arbeitete gemeinschaftlich mit dem aus den Baltikumunternehmungen bekannten Major Bischof. Dieser gab die näheren Anweisungen, die dann v. Borries ausführte. Major Bischof hat auch Beziehungen zum Hauptmann Wehrministerium angeschlossen. In Hauptmann Bischof vereinigen sich sämtliche Fäden der Bewegung. Ende Januar machte v. Borries eine Reise in die Provinz, um dort Agitationen zu halten und die Gärner seiner Sache auf dem Lande zu machen.

Im Januar 1920 traten denn auch die Baltikumkrieger in Verbindung mit der Marinebrigade Ehrhardt. Man bemerkt Ehrhardt, einen großen Teil seiner Leute zu entlassen und dafür die demobilisierten Baltikumkrieger einzustellen. So erklärte sich, daß jetzt die Marinebrigade Ehrhardt zum Teil aus Baltikumkriegern bestand, und nicht nur aus solchen Leuten, die im März 1919 die Sparsparatunruhen in Berlin niedergeschlagen haben. Bei dem Einzuge der Marinebrigade Ehrhardt in Berlin befanden sich in dieser sogar Russen. Als ich am 13. März 1920 früh morgens in Uniform umgehend die Wilhelmstraße herunterging, grüßten mich wenigstens 20 Leute in russischer Uniform in militärischer Weise. Man hatte wohl absichtlich diese Leute in der abgeperrten Wilhelmstraße untergebracht, damit sie dem Willen des Volkes entgegen waren.

Meiner Ueberzeugung nach sollte der Putsch erst im Juni 1920 stattfinden. Durch Insubordinationen kam es jedoch, daß Oberst Bauer in Preußen, die auf den Putsch hindeuteten, lagen. Es kam etwa um den 10. März zu einer Hausdurchsuchung des Oberst Bauer, Kapp und einigen der kompromittierten Persönlichkeiten. Hierbei fand man viel Material, das dem Oberbefehlshaber Ostsee ausgehändigt wurde. Koste ließ darauf General v. Lüttwitz kommen. Es entspann sich ein erregter Wortstreit, in dessen Verlauf sich Lüttwitz einer schweren Gehörlosperverberung schuldig machte. Koste drohte Lüttwitz die Entlassung an, worauf ihm Lüttwitz zu verstehen gab, daß er dazu gar nicht die Macht habe. Lüttwitz reiste darauf nach Döberitz ab, wo sich die Marinebrigade Ehrhardt befand. Mit dieser marschierte er dann nach Berlin ein.

Ueber den Generalstreik in Straßburg i. E.

Sendet uns ein Mitbeteiligter einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

Die Metallarbeiter-Gewerkschaft des Unterelsaß steht seit dem 8. 3. 20 in schwerem Kampfe um das tägliche Brot. Wie bei uns, so auch dort, sind diejenigen, die während des Krieges Millionen verdienten durch den Scheitern des Arbeiters, noch heute der Meinung, daß sich der Arbeiter das Stillschließen noch weiter gefallen läßt. Man hat ihnen aber doch gezeigt, daß wenn die Masse einigt ist, sie das herausholt, was der Mensch zum Leben notwendig braucht.

Letzten Montag früh wurde in Straßburg und Umgebung der Generalstreik für sämtliche Betriebe, die Lebensmittelbranche ausgenommen, erklärt. Anlaß hierzu gab das Verhalten der Unternehmer in der Metallindustrie, die in Bezug auf die von ihren Arbeitern eingereichten Forderungen eine Verschleppung, und ihren im Streik stehenden Arbeitern gegenüber eine Auslieferungspolitik einfielen wollten.

Der Generalstreik selbst, dessen Durchführung bis zur letzten Stunde geheim gehalten worden war, war ein voller Erfolg für unsere Organisationen. Einmütig, ohne Kurzen, ohne Widerspruch, ja sogar mit großer Begeisterung folgten die vor den einzelnen Betrieben unserer Stadt konzentrierten Arbeitermassen dem ihnen von ihren Vertrauensleuten übermittelten Befehl der „Union locale“.

Müdig und ihrer Stärke bewußt, begaben sich die Arbeiter am Montag früh an den ihnen bekannt gegebenen Versammlungsort, den Feuerwehrtümpelplatz. Schon geraume Zeit vor der festgesetzten Stunde durchzogen die Massen die in dem Rendezvousplatz führenden Straßen. Wie eine schwarze Wolke, vom Winde getrieben, wälzten sie sich dahin. Ein imposantes Bild, und wer es gesehen hat, wird es wohl nie vergessen.

Die Versammlung verlief ohne Zwischenfall. Drei Redner sprachen zu der gewaltigen Schaar, um sie über die durch ein hartnäckiges und brutales Unternehmertum geschaffene Situation aufzuklären, in ihren übrigens kurzen Ausführungen des öfteren durch den brausenden Beifall der Anwesenden unterbrochen.

Nach dem Versammlungsschluss traten die Proletarier in größter Ruhe ihren Heimweg an. Rein Zwischenfall, nicht die geringste Beschädigung irgend eines Vorübergehenden durch die Streikenden. Wie hätte es auch anders sein sollen? Militär und Polizei hatten sich vernünftigerweise in ihre Quartiere

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Kind und Mann.

Veinabe sechs Monate war ich nun schon im Kriege; immer noch den feindlichen Geschossen entronnen, bis vor kurzem ein unglücklicher Umstand meine Gesundheit angriff.

Drei lange Wochen dauerte die schmerzhafteste Krankheit, welche mich meistens ans Lager, ständig jedoch an meiner Quartier fesselte. Ich entbehrte doch wohl manche jener kleinen Unannehmlichkeiten der Pflege, welche im einzelnen zwar ein Nichts sind, in ihrer Summe jedoch einen nicht zu unterschätzenden Faktor zur Genesung bedeuten. Aber ich wollte nicht von meiner Truppe weg in eines jener langweiligen Stappenlazarette, vor denen mir mehr graute wie vor den Granaten der englischen Geschütze, welche uns häufig umfingen. Dazu kam noch, da infolge eines schweren Sturzes, der um weitere Wochen zurücklag, in meiner rechten Hand eine Schwäche zurückgeblieben war, die mich für längere Zeit zu wirklich schwerer Bionierarbeit untauglich machte. Dem Verständnis eines feinsinnigen Vorgesetzten verdankte ich nun das zeitweise Kommando auf einem Posten, bei dem man weniger starker Arme, wie raschen Denkens und verantwortlichen Pflichtbewußtseins bedurfte.

Ich mußte an dieser Stelle dem Lande ebenfalls und hoffte, hier völlig zu gefunden, um dann wieder in die Reihe meiner Kameraden zurückzuführen. Vorläufig besuchte ich noch die Sprechstunden unseres Arztes und hatte hier manchesmal länger Ruhe zu warten, als ich Zeit besaß, um unbeschäftigt zu sein.

Auch heute war ich beim Arzt. Wohl dreißig Mann standen noch vor mir zur Behandlung. Der Wartezimmer in Friedenszeiten als Küche. Er war verärgert und ein Teil der vordem benutzten Geräte hing noch an den Wänden. Zwei Landwehrlente, mit der Kreuzbinde am Arme, eilten mit Glasgefäßen hin und her. Ein junger freiwilliger Sanitätsoldat sah vor dem einzigen Tische des Raumes neben dem Kamin und reinigte chirurgische Werkzeuge. Ein blutjunger Mensch von höchstens 15 Jahren,

mit den weichen unartigen Zügen jenes Alters, dem nur der Krieg die Augen vorzeitig ermiter gemacht haben mochte, wie sie solch jungen Menschen sonst eigen sind. Die Instrumente waren längst blank und doch fuhr er mit dem weichen Flanelltuche immer und immer wieder wie spielend über die vernickelten Teile. In knabenhaftem Eifer bestrebt, das höchst Erreichbare an Glanz herauszuspulieren. Und merkwürdig, im Bewahren dieses scheinbar zwecklos spielenden Eifers und dieses halben Kindes, das da freiwillig ausgezogen war, dem Vaterland in irgend etwas zu nützen, kam mir blitzgleich eine Gedankensette, mich in ihrem Schlußsatze ein Jahr zurücküberlegend. Ich starrte in die Blut des Kaminspefers und aus ihr entvouchten mir in rafter Reihenfolge Menschen und Szenen.

Der Schneesturm bracht durch die Straßen der alten Unterstadt am Neckar. Wir saßen in einem einfaches wohnlich eingerichteten Zimmer um den Tisch. Der russische Jude Aron Steindorff, ein schwächlicher, sehr junger Mensch, der noch an seiner juristischen Dissertation arbeitete, der große breitschulterige Juan Swiatkoff und ich.

Aron Steindorff mit dem trotz seiner Jugend bereits durchgeistigtem Kopfe, der großen, wohl zu früh ausgeglichenen Nase in den Bewegungen, die mit dem Kreis seiner Fingerringe erkauft war, und der 30jährige Juan Swiatkoff mit dem rein geschmittenen Profil, dem frühzeitig angegrauten dichten Haar und der behenden Beweglichkeit, bildeten zwei starke äußere Gegenätze.

Der eiserne Fülllofen strahlte genügend Wärme aus, um das Gefühl des Geborgenenseins auch in den weniger aufeinanderplatzenden Meinungen innerhalb der gepflogenen Gespräche zum Ausdruck zu bringen. Den Anlaß weiß ich nicht mehr, jedoch wir hatten über Kinder gebröchen. Das Thema ist unerschöpflich und man hat zu achten, sich in ihm nicht zu verlieren. So streiften wir auch den Spieltrieb und mußten jedenfalls an dieser Kamte geöbtt sein. Denn Aron, der bisher dem Gespräch Führung gegeben hatte und dessen Sachlichkeit selbst von seinen Gegnern anerkannt wurde, griff mit einer Erzählung ein.

Der Lampenschirm war so weit heruntergezogen, daß die Gesichter noch im Dammkreise seines Schattens lagen. Auf der in bunten Farben gemusterten Tischdecke stand eine

flache glatte Nischenale aus dunkler Bronze und eine kleine bauchige Wase von Messing, in welche der geschickte Meißel eines arabischen Kunstschmiedes Koranprüche eingezrieben hatte. Sie diente als Zigarettenbehälter und bligte an den erhabenen Stellen im weichen Schimmer des vom Lichte getroffenen Messings auf. Aus der grünlichen Dämmerung des Zimmers heraus tönte die sonore Stimme Juans: „Väterchen Jar hatte mich damals auf viele Jahre nach Sibiren geschickt.“

Einem anderen Politischen, Boris Stroganoff, und mir, war es nach langen Vorbereitungen gelungen, des Nachts aus dem Gefängnis zu entfliehen. Wie, das erzähle ich euch ein anderes Mal. Genug, wir jagten beide, die Gefangnismauern hinter uns lassend, über die beschneite, mehrere Werk vollkommen kahle Ebene hinweg, einem niedrigen Birkengehölze entgegen. Am Rande desselben einigten wir uns rasch über die weiter einzuschlagende Richtung und eilten dann im bestigen Schneetreiben, ohne uns irgendwo anzuhalten, durch Vorgebirge und kleine Dichtungen in den hochstämmigen sibirischen Wald. Er war an manchen Stellen so dicht, daß der Schnee in gewaltigen Lasten auf seinen Kronen saß und um den Fuß der Stämme schwarzer Moosboden sichtbar wurde. Das Wachstum der Sträucher unter diesen Lichttäubern war spärlich und deshalb ein verhältnismäßig rasches Vorwärtskommen möglich.

Wohl über 20 Stunden mochten wir in gerader Richtung geschritten sein, ohne lange zu rasten. Boris trug in einem Reinenrade die getrockneten Brotreste, welche wir seit langen Wochen aufgepart hatten. Die Saalgeschichten hatten verprochen, dafür zu sorgen, daß unser Entweichen nicht vor Tag entdeckt würde. Durch die Nacht, den Tag hindurch bis wieder in die Nacht hinein waren wir schon unterwegs und befanden uns im tiefen Walde. Plötzlich, am Rande einer Lichtung, wurden wir von zwei großen Hunden mit dumpfen Knurren gestellt und drückten uns in einen mächtigen Baumstamm. Mit den dicken Schwänzen, welche wir unterwegs aufgefressen hatten, zur Verteidigung bereit. Da stürzte seitlich der Schnee von den Zweigen und eine Männerstimme fragte halblaut: „Wer ist da?“

Ich antwortete: „Brennlinge, Väterchen!“ „Dann tretet aus dem Schatten, damit ich euch sehen kann!“ tönte die Stimme wieder. (Fortsetzung folgt.)

Bezirksturntag des 3. Bezirks vom Arbeiterturn- und Sportbund.

Am Sonntag tagte im Auerbach in Karlsruhe der Bezirksturntag des 3. Bezirks im Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Eröffnet wurde die Tagung von einem Quartett der „Passaglia“ mit dem schönen Chor „Das ist der Tag der Freude“.

In Vorständen der Tagung wurden die Turngen. Sitt-Karlsruhe und Schäffle bestimmt. Von der Kreisleitung hatte sich Kreisvertreter Nagel-Mannheim eingefunden. Vertreten waren trotz der eintägigen Verkehrsverhältnisse 43 Vereine mit 124 Delegierten.

Anstelle des verhinderten Bezirksvertreters Jäck-Gröbigen lag dessen Stellvertreter Turngen. Kühnle den Geschäftsbericht. Der Bezirk zählt zurzeit 50 Vereine mit 6500 Mitgliedern was eine Zunahme von ca. 50 Prozent bedeutet.

Am die Agitation intensiver zu gestalten und die Organisationsaufgaben besser bewerkstelligen zu können, wurde die Zahl der Gruppen auf 5 vermehrt und besteht der Bezirk aus den Gruppen Rastatt, Karlsruhe, Durlach, Forstheim und Breitenbrunn.

Die Neuwahlen gingen verhältnismäßig ruhig vonstatten. Es wurden gewählt: 1. Bezirksvertreter Wischnowier-Gröbigen; 2. Bezirksvertreter Eisele-Karlsruhe; 3. Bezirksvertreter Stein-Karlsruhe; 4. Bezirksvertreter Wagner-Gröbigen; 5. Bezirksvertreter Wagner-Karlsruhe; 6. Bezirksvertreter Wagner-Gröbigen.

Gemeindepolitik.

Mannheim, 22. März. Die Gemeinde Wallstadt hat an den Stadtrat einen Antrag um Eingemeindung nach Mannheim gerichtet.

Mannheim, 28. März. Infolge neuen Steigens der Kohlenpreise werden die Gas-, Wasser und Strompreise erneut erhöht und zwar wird der Gaspreis 1.16 Mk. der Lichtstrompreis 2.30 Mk. der Kraftstrompreis 1.46 Mk. und der Grundpreis des Wassers 53 Pfg. betragen.

Aus dem Lande.

Forstheim, 28. März. In letzter Zeit wird Forstheim vielfach von Ausländern, darunter auch Italienern besucht, die nicht nur Spezialmaschinen, sondern auch sonstige Hilfsmittel für die Schmudwarenindustrie aufkaufen, sondern laut „Forst. Anz.“ auch Spezialarbeiter, Werkmeister, Nacharbeiter jeder Art für die in ihren Heimatstaaten zu errichtenden neuen Schmudwarenfabriken anzuwerben suchen.

Obergrombach, 25. März. Von der schollen Seite zeigte sich unsere Ortsverwaltung in der Begrüßung der heimgekehrten Kriegsgefangenen. Anstatt, wie es in anderen Gemeinden geschieht, eine kleine Begrüßungsfeier zu veranstalten, über den heimgekehrten Ortsbürgern eine Geldgabe in einem angemessenen Betrage zusammen zu lassen, lieferte man hier bei den Bürgern herum, um den „Dank der Heimat“ abzustatten zu können.

Wiesloch, 28. März. Die Gendarmerie nahm dem Metzger Geulich von Wiesloch in Waldorf einen Viertelzentner geräucherter Schinken und Speck ab. Für die beschlagnahmte Ware hatte der Metzger etwa 3000 Mk. bezahlt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 29. März. Volkshochschulkurse.

An der Technischen Hochschule beginnt am 12. April die 2. Reihe der Volkshochschulkurse. Jede Vortragsreihe umfaßt 4 bis 6 Monate. Zu den Kurzen wurden wieder namhafte Kräfte gewonnen, um den Teilnehmern Gelegenheit zu geben, auf den verschiedensten Gebieten ihr Wissen zu bereichern.

Boehm: Von den Zahlen; negative, gebrochene, irrationale Zahlen. Erhardt: Der elektrische Strom als Bewegung erzeugende Energie. Kikner: Grundzüge der Chemie. Leininger: Gesellschafts- und Staatsbildung im Tier- und Pflanzenreich. Wöhler: Die Stellung der Erde im Weltall. Oberle: Brennstoffe und Wärmegehalt. Kruppers: Das Wesen der Heilungsvorgänge im menschlichen Körper. Mey: Das Verböden, seine Ursachen und seine Bekämpfung. Kraus: Grundfragen des Sozialismus. Dellpach: Einführung in die Arbeitswissenschaft. Brull: Vom Kleinbetrieb zum Trust. Müller: Landwirtschaft und Volksernährung. Gruber: Entwicklung der deutschen Stadt als Kunstwerk. Meisinger: Die deutsche Sprache, ein Bild deutscher Kultur. Oeffinger: Buch und Bucherei. Preisendanz: Die griechische Tragödie. Wimmer: Kunst und Kultur des Rokoko. Frau Boehm: Notenschrift und Notenschrift. Stürmer: Was hört man Musik. Angerer: Was war und was ist Philosophie.

Anmeldungen können an den auf Plakaten ersichtlichen Stellen gemacht werden. Die Gebühr beträgt für jede Vortragsreihe 5 Mk. Es wäre sehr wünschenswert, daß sich recht viele Arbeiter und Beamte an den Kurzen beteiligen. Die Gelegenheit, den Wissensdurst stillen zu können ist da, benützt sie, zum Vorteil jedes Einzelnen und des Volksganges.

Aus der Stadtratsitzung vom 25. März 1920.

Ordnung. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Vorsitzende dem am 1. April ds. Jrs. infolge seiner Veretzung an die Universität Freiburg von hier scheidenden Stadtrat Gehelmen Hofrat Professor Dr. Hans Krauß herzlichste Abschiedsworte.

Sallenwäldchen. Der mit der staatlichen Domänenverwaltung abgeschlossene Vertrag über die Verpachtung von domänenverwalteten Gelände des Stadtparkes und des Sallenwäldchens an die Stadtgemeinde läuft am 1. Februar 1923 ab. Der Stadtrat ersucht das badische Finanzministerium um Verlängerung des Pachtvertrages um weitere 30 Jahre und um Genehmigung zur Fortsetzung eines kleinen Teils des Sallenwäldchens in den vorderen Teil des Stadtparkes.

Herbstwald. Die Stadtdirektion hat das Finanzministerium darauf hingewiesen, daß im Herbstwald von Unbefugten wahl- und rüchichtslos Holz abgeschlagen wird und daß bei weiterer Fortdauer dieser Verhältnisse die völlige Verwüstung des Waldes auf Jahrzehnte hinaus zu befürchten ist. Das Finanzministerium teilt daraufhin mit, daß zur Befestigung der Forstbehörden das Forstschutzpersonal vergrößert werden sei und daß außerdem die Polizeidirektion Karlsruhe zur Überwachung des Waldes die Unterstützung durch Schutzmannschaften zugesagt habe.

Tullaschule. Zur Fertigstellung der Tullaschule (Passadenweg, Anstich der Inneneinrichtungen, Einriebung usw.) sind noch 204 000 Mk. aufzuwenden. Nach Abzug des noch vorhandenen Restbetrags soll ein weiterer Nachtragkredit von 170 000 Mk. beim Bürgerausschuß angefordert werden.

Musikschul im Stadtpark. Mit Rücksicht auf das andauernde Steigen der Holzpreise und der Bäume, sowie im Hinblick auf die derzeitige höchst ungünstige finanzielle Lage der Stadt soll von der Errichtung einer Musikschul im Stadtpark als Ersatz für den bestehenden Musikklub vorerst Umgang genommen werden.

Erbauung eines 5. Hafenedens.

Am 23. April 1919 hat der Bürgerausschuß die Mittel zur Ausführung des Projektes eines 5. Hafenedens und der Verbreiterung des Stichkanals mit im ganzen 7 200 000 Mk. bewilligt. Von diesem Projekt sind bis jetzt gewisse Vorarbeiten, nämlich die Geländeerhebungen, die Verlegung des südlichen Hochwasserdammes sowie die Federbachableitung, in Angriff genommen und stehen vor der Vollendung. Der Hochwasserdamm ist als Hochwasserwehr ausgeführt worden. Dagegen ist der eigentliche Bau des 5. Hafenedens und die Verbreiterung des Stichkanals noch nicht begonnen. In der erwähnten Bürgerausschußvorlage ist vorgesehen, daß das 5. Beden gebaut werden sollte, sobald die Beilage des gestattete, während für die Verbreiterung des Stichkanals damals schon eine Veranschlagung auf spätere Zeit in Aussicht genommen war. Die Berechnung hat nun ergeben, daß die Ausführung des gesamten Projektes nach den heutigen Preisen fast der veranschlagten 7,3 Mill. auf mindestens 8 Mill. kommen wird. Angesichts dieser ungeheueren Lebersteuerung unterbreitet der Stadtrat nach Anhörung der hiesigen Handelskammer sowie der Rheinbaben- und Industriegebietkommission dem Bürgerausschuß, unter Festhaltung an dem Projekt selbst dessen Ausführung auf die bereits begonnenen Arbeiten und die Anschaffung einer aus dem Bau des 4. Hafenedens übrig gebliebenen etwa 30 000 qm großen Fläche mit einem Gesamtumfang von etwa 3 800 000 qm zu beschränken, die übrigen Arbeiten aber vorerst zurückzustellen, bis sich die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse besser überblicken läßt.

Lohnbewegung der bei der Stadt aus Hilfsweise Angestellten.

Am gestrigen Sonntag vormittag fand im Kolosseumsaal eine Versammlung der bei der Stadt aus Hilfsweise beschäftigten Angestellten statt zwecks Stellungnahme derselben zu der neuen Gehaltsregelung. Eine größere Anzahl Angestellte und auch die anwesenden Organisationsvertreter machten Ausführungen, denen zu entnehmen war, daß durch die von der Stadtdirektion vorgeschlagene Neuregelung (diese soll in der Weise erfolgen, daß die Hilfsbeamten dieselben Gehaltsätze erhalten wie die jetzt angestellten Beamten gleichen Alters und gleichartiger Beschäftigung) der Mehrzahl der Hilfsbeamten nicht gebüht ist. Das trifft insbesondere zu für die jüngeren Kräfte im Alter bis zu 35 Jahren. Diese würden sich nunmehr erheblich schlechter stellen als zuvor. Junge Hilfsbeamten in leitenden Stellungen würden auch hinter älteren männlichen und weiblichen Angestellten, die mit rein schematischen Arbeiten, z. B. Adressenschreiben, beschäftigt sind, erheblich zurückbleiben. Die Einreichung in den städtischen Gehaltsstufen würde daher fast allgemein hervorgerufen. Es wurde eine Kommission gewählt, die sofort mit den zuständigen Stellen Verhandlungen aufnehmen soll. In den einzelnen Betrieben soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des neuen Gehaltsstufen erfolgen. Als Ergebnis der Versammlung wurde nachfolgende Resolution gefaßt und angenommen:

„Die heute im Kolosseumsaal anwesenden aus Hilfsweise Angestellten beauftragen die gewählte Kommission und die Vertreter der Organisationsvereine, nochmals mit der Stadtdirektion zu verhandeln. Die Versammlung erwidert in der Neuregelung der Gehälter keine ausreichende Berücksichtigung gegenüber der herrschenden Teuerung und lehnt das Einverständnis mit den Vorschlägen der Stadt ab. Die Angestellten sind unter allen Umständen gewillt, alles daran zu setzen, daß die von der Stadtdirektion bewilligte Teuerungszulage den Angestellten in vollem Umfang zu den bisherigen Bezügen zuteil wird. Die wirtschaftlichen Notizen der Angestellten das notwendige sonstige Vergesamten aus Hilfsweise Angestellten es zur Pflicht macht, eventuell in einem Abwehrkampf einzutreten, um die berechtigten Forderungen der Angestellten durchzusetzen.“

„Technische Nothilfe“ für die Hausfrauen. In letzter Zeit werden in verschiedenen Zeitungen (Luzerner Zeitung) an Damen angegriffen mit der Bedingung, daß Hausarbeiten damit verbunden sind. Wir müssen schon sagen, das ist eine ganz fixe Idee, mit deren Verwirklichung die so viel gepriesene „Nothilfe“ der Hausfrauen im „neuen Glanze“ erscheinen, 2. werden Dienstmädchen überflüssig und man kommt dadurch mit dem so unüblichen Tarif der Hausangestellten nicht mehr in Konflikt und 3. hat man die Wohnungskommission geadelt Abtreibung von Mietern vom Hals. Die Hausangestelltenorganisation wird gut tun, sich gegen diese Art „Technische Nothilfe“ und gegen den damit verbundenen Durchbruch des Tarifs zur Wehr zu setzen. Von 20 Stunden wöchentlich ist aber verlangt werden, daß die abzutretenden Zimmer nicht unter den vorstehend geschilderten Bedingungen abgegeben werden dürfen, sondern deren Abgabe muß unabhängig von der fixen Idee ganz gescheiter Hausfrauen erfolgen.

Sozialdem. Parteitag. — Bezirk Mühlburg. Morgen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Hirsch“ Parteitag statt. In derselben wird Landtagswahl, Raub- und Diebstahl, ein Vortrag halten. Parteitagessen von Mühlburg, erscheint zahlreich in der Versammlung, denn in der heutigen politischen Zeit ist Aufführung dringend notwendig. Zu den Tarifverhandlungen im Gastwirtsberuf. — Die Tarifverhandlungen im Gastwirtsberuf, die der Arbeitgeber der Beibehaltung des Tringelbes vorzieht unter Anerkennung der Verpflichtung zur Bezahlung der Teuerung entsprechender Grundlöhne. Der Gast soll zur Zahlung des prozentualen Bezahlungsgeldes, dessen Höhe gegenwärtiger Vereinbarung vorbehalten bleibt, angehalten werden. Eine radikale Abschaffung des Tringelbes enthält der Vertrag der Arbeitgeber nicht.

Oberstelebens Schicksal. Der Termin der Volksabstimmung in den oberstelebens Grenzgebieten nicht heran. Es gilt deshalb, nicht nur die in Baden anwesenden Oberstelebens, Wein- und Dippelweiden so rasch wie möglich zu erfassen, damit sie sich zur Abstimmung rufen und bereit halten, sondern auch alle Kreise über die wirtschaftliche Bedeutung Oberstelebens aufzuklären. Zu diesem Zweck findet morgen Dienstag, 30. März, abends 8 Uhr, im Saal 8 der Brauerei Schrempf ein aufklärendes Parteitag von Herrn Dr. Kleiner aus Breslau statt, wozu Jedermann eingeladen ist.

Die Empfänger von laufenden Militär-Versorgungsgeheimnissen, denen ihre Bezüge von Pensionsregelungsbehörden, nicht aber von Versorgungsämtern angezweifelt sind, und die Empfänger von laufenden Hinterbliebenengebühnissen, soweit es sich um Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unteroffiziers handelt, erhalten für April außer den laufend zahlbaren Versorgungsgeheimnissen noch als einmalige Teuerungsbeträge den doppelten Monatsbetrag dieser Geheimnisse, mithin im ganzen den dreifachen Monatsbetrag gezahlt.

Im Residenztheater kam am Freitag der Sensationsfilm „Er selbst — sein Gott“ vor einem gelassenen Publikum zur Aufführung. Im Gegensatz zum üblichen Liebesdrama bemüht sich der Film ein religiös-philosophisches Problem darzustellen. Wie weit sich das gelingen ist, hängt von den Voraussetzungen ab, die der Kritiker an die Behandlung solcher Probleme stellt, ebenso wie es fraglich erscheint, ob Zuschauer überhaupt der Lösung dieser Menschheitsfragen gemachtem sind. Gerade dieser ernste Versuch, der über die Liebhabertheater hinausgeht, befähigt mich in der Anschauung, daß die Stärke des Amos und seine Zukunft neben einfachen reflexionsfreien Volksdarstellungen in der Darstellung der Natur und der Naturerscheinungen aufzufassen liegt, womit seiner auch eine wertvolle Kulturleistung ist.

Rabenbleibnisse. Heute früh 8 1/2 Uhr wurden durch die Schutzmannschaft zwei Leichen aus dem Friedhof bei Kottbühl, wobei sich ergab, daß sie in der Nacht vom 27. auf 28. ds. Mts. einen Einbruchsdiebstahl verübt hatten. Die gestohlenen Waren konnten wieder beigebracht und dem Bestohlenen zurückgegeben werden. Verhaftet wurden: Ein Ingenieur und ein Malermeister aus Weingarten, ein Arbeiter aus Bruchsal, ein Arbeiter aus Durlach und ein Metallarbeiter aus Aue bei Durlach, sämtliche wegen Schleichhandels mit Salzbarfen. Es konnten 10 Kilo Salzbarfen beschlagnahmt werden.

Veranstaltungen. Das Wendling-Quartett aus Eutingen wird heute Montag, 29. März, abends 8 Uhr, im Entschliffen im zweiten Kammermusikabend der Konzertdirektion Kurt Neufeld zum Vortrag bringen: Neger Streichquartett Es-dur, Mozart Streichquartett d-moll und das Streichquartett in C-dur von Schubert, bei welchem Rudolf Verhoff (ebenfalls aus Eutingen) das zweite Violin spielt wird. Karten bei Kurt Neufeld, Waldstraße 89.

Kleine Nachrichten.

Stuttgart, 27. März. Der Landtag hat heute einstimmig die Staatsverträge wegen Uebergang von Post und Eisenbahn auf das Reich angenommen.

Berlin, 27. März. Ueber einen neuen Engländer, dem Hauptmann von Flugplatzartillerie vom Oprel, schreibt die „B. Z.“ am Montag: „In Friedrichshagen war es zu mehreren Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und der Sturmkompanie Flugplatzartillerie, die bei Ausbruch der Unruhen nach Friedrichshagen beordert worden war, gekommen. Als gestern Abend Hauptmann von Flugplatzartillerie mit anderen Offizieren im Automobil nach Berlin fahren wollte, gab es beim Einfahren des Wagens eine furchtbare Detonation. Das Automobil ging in Stücke. Die Insassen wurden durch die Kraft der Detonation aus dem Wagen geschleudert, wobei Hauptmann v. Flugplatzartillerie und Offizierstellvertreter Kluge getötet wurden. Die übrigen Insassen des Wagens, Kapitän von Flugplatzartillerie und Frau v. Flugplatzartillerie, sowie die Fahrer und 10 Mann der Sturmkompanie, die in der Nähe gestanden hatten, erlitten zum großen Teil schwere Verletzungen. Es ist die Meinung verbreitet, daß es sich um ein Attentat gegen den Hauptmann von Flugplatzartillerie handeln könne. Hauptmann von Flugplatzartillerie war einer der Offiziere, die die Reichswehr feinerzeit nach Mecklenburg transportieren sollten. Er wurde diebstahlhaft von der Anstalt, an der Erziehungslagerung diebstahlhaft gefangen zu sein, freigegeben.“

Im Kampfe mit der Reaktion

Nicht das deutsche Volk, vornehmlich die deutsche Arbeiterklasse. Ohne eine gut verbreitete

Arbeiterpresse

ist dieser Kampf weder auf die Dauer noch mit Erfolg zu führen.

Der Arbeiter und Sozialdemokrat, der die sozialdemokratische Presse nicht ausbreiten hilft, vielleicht sogar selbst verbündet sich schwer und ist mitschuldig, wenn die Reaktion abermals neues Unglück über das Land und das Volk zu bringen vermag.

Im Sinne des sozialistischen Fortschritts muß nunmehr energisch und zielbewußt Wirtschaftspolitik getrieben werden.

Für die Arbeiterpresse fördert diese Aufgabe, sie unterrichtet die Arbeiter über dieses gewaltige Gebiet.

Wir stehen vor Neuwahlen!

Sie werden sich zu einem Kampfe von größtem Umfange und folgenschwerster Bedeutung gestalten.

Der kommende Wahlkampf wird an Festigkeit des Ringens, an aufblühender Leidenschaft und an Einsatz von Mitteln alle bisherigen Wahlkämpfe weit übertreffen.

Ohne die tägliche und unermüdete Pionierarbeit der Arbeiterpresse kann die Sozialdemokratie den Kampf nicht mit Erfolg führen.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Abonniert die „Partei-„

„Volksfreund!“

Abonniert für ihn. Das ist mit die beste Parteiarbeit, die geleistet werden kann. Diese Arbeit fördert den Sozialismus und schädigt entscheidend alle volksfreundlichen Bestrebungen.

Den bei uns laut gewordenen Wünschen, mehr Unterhaltungsstoff im „Volksfreund“, besonders für die Frauen, zu bieten, werden wir in der Weise entgegenkommen, daß wir den Unterhaltungsteil ausbauen, so daß täglich darin mehr als bisher geboten wird. Die zuständigen Instanzen in der Partei haben sich aber davon überzeugen müssen, daß bei den gegenwärtigen, für die Zeitungen unendlich schwierigen Verhältnissen, die Herstellung eines besonderen Unterhaltungsblattes, oder gar einer weiteren (siebten) Ausgabe des „Volksfreund“ am Sonntag früh, ganz unmöglich ist. Die sozialdemokratischen Zeitungen in großen Städten, wie beispielsweise München, Nürnberg, Stuttgart, Frankfurt a. M., sind trotz der naturgemäß größeren finanziellen Leistungsfähigkeit ihrer Verlage, auch nicht in der Lage, einen solchen, an sich gewiß wünschenswerten, aber äußerst kostspieligen Ausbau durchzuführen. Der ohnehin schon enorm hohe Preis für das Zeitungspapier hat in den letzten Tagen wieder eine derart ungeheure Steigerung erfahren, daß der Bezugspreis aller Zeitungen vom 1. April ab notwendigerweise wesentlich erhöht werden muß. Für den „Volksfreund“ wird das monatliche Abonnement einschließlich Trägerlohn 4 Mark betragen. Voraussetzungsweise wird eine weitere Erhöhung folgen müssen, wenn das Blatt noch einigermaßen leistungsfähig bleiben soll. Diese durch die Verhältnisse bedingten Maßnahmen dürfen unsere Parteifreunde nicht abhalten, unermüdet für die Weiterverbreitung ihres Organs zu wirken.

Karlsruhe, Ende März 1920.

Redaktion und Verlag des Volksfreund.

Palmsonntags-Rummel.

Die Herren Kruse und Trabinger fühlten wieder einmal das Bedürfnis, am Samstag und Sonntag auf dem Marktplatz vor dem Ministerium des Innern mit einer kleinen Schar ihrer Anhänger ihren üblichen Demonstrationsschein zu verüben, den ja kein Minister mehr ernst nimmt. Das Vorgehen und die Reaktionen freuen sich über das Treiben, denn es liefert ihnen ja das Material für ihre Mägen; die Verantwortlichen können lassen über die Verantwortlichkeiten dieser Seite; und die erste gewöhnliche, sozialistische Arbeiterpartei hätte die Faust, lebte sich auf gegen den gewissenlosen, niederträchtigen Mißbrauch, den verantwortungslos demagogischen mit dem Namen Sozialismus tagtäglich treiben. Es ist wirklich höchste, allerhöchste Zeit, daß der über-übergroße Teil der Karlsruher Arbeiterpartei, der mit dem Treiben dieser Demagogen nicht einverstanden ist, einmal Front macht gegen diese Gesellen und ihren verhassten Anhang. Was soll denn das heißen, wenn diese Kruse und Trabinger nach einer Massenverbreitung von Flugblättern in der ganzen Stadt, in denen zur Demonstrationsversammlung aufgefordert wird, glücklicherweise 100-150 Männer in zusammenbringen, an die sie dann ihre Rügen und Schwindelreden hinschütten, um dann eine Kommission wählen zu lassen, die natürlich aus den Herren Kruse und Trabinger besteht, die der Regierung die „Forderungen“ der Karlsruher Arbeiterpartei vorlegen soll? Würde der Größenwahn dieser Dickschädel nicht geradezu ins groteske steigern, wenn die Regierung mit solchen „Beauftragten“, die sich auf keinerlei Legitimation berufen können, wie auf ihr großes Maul, ihre Gewissenlosigkeit und die Tatsache, daß der eine der Redakteure des verlogenen Blattes in Karlsruhe ist und der andere der Redakteur des verlogenen Blattes in Karlsruhe war, sich in irgendwelche Verhandlungen einlassen würde?

Man heische sich die neuesten „Forderungen“: 1. Entfernung der Kruse und Trabinger konzentrierten Truppen, die in immer größerer Zahl dort zusammengezogen werden; 2. daß den Arbeitern der Lohn für ihre geleistete Arbeit gegeben werde; 3. daß den Arbeitern auch in Karlsruhe der Generalstreiktag vergütet werde. Wegen dieser 3 „Forderungen“ strapazierten die Kruse und Trabinger am Samstag und Sonntag ihre Neffen bis zur Heiserkeit. Und dabei befinden sich in und um Mannheim, wie uns berichtet wird, überhaupt keine Truppen; dabei ist die Gewährung des Lohnes für die geleistete Arbeit eine Sache, die jeder Gemeinwesenbeamte am Telefon in einigen Augenblicken

regelt; und dabei ist dreites bis jetzt in Karlsruhe und noch kein Fall bekannt, daß ein Betrieb den Generalstreiktag nicht vergütet hat. Das ist doch einfach eine Selbstverständlichkeit, daß der Tag bezahlt wird. Aber die Kruse und Trabinger, die vor 3 Tagen noch so feindsichlichen „Verärrer“, sie brauchen einen neuen Anlauf; wo alles drunter und drüber geht, wäre es ja eine Verdingung an der Revolution, wenn man nicht ebenfalls für irgend etwas demonstrieren würde. Hauptsache ist, daß die Arbeiterpartei nicht zur Ruhe kommt. Und da der Minister am Samstag nicht anwesend war — er hat schließlich auch noch andere Geschäfte zu erledigen, als auf die Besuche der Kruse und Trabinger zu warten — so war dies ein willkommener Anlaß, um am Sonntag gleich wieder zu demonstrieren.

Am Sonntag früh das erste Schauspiel! Vielleicht 200 Anhänger der beiden Meisterei und dahinter ein paar Hundert Neugierige, Sonntagspostergänger, die sich über dieses Schauspiel amüsierten und Arbeiter, Gewerkschafts- und Parteigenossen, die in tiefer Erbitterung und Erregung dem Treiben dieser beiden gewissenlosen Demagogen zuschauten. So wird die Arbeiterpartei zu Lode demonstriert, so wird die soziale Bewegung um ihr Ansehen gebracht, so arbeiten die Kapistten von links den Kappisten von rechts wieder in die Hände. Und das Schamlose und Niederträchtige ist nur, daß diese Kruse und Trabinger sich dauernd erheben, zu sagen, sie sprächen im Namen der Karlsruher Arbeiterpartei. Es ist eine Lüge, wenn sie das behaupten.

Am Sonntag früh war einer da, der im Namen der Arbeiterpartei sprechen wollte, zuerst in Durlach und dann in Karlsruhe. Ein Parteigenosse aus Mannheim, ein Genosse Kreis, der bei dem Arbeiter, der seit 20 Jahren Mitglied des deutschen Gewerkschaftsbundes ist und der aus eigener Anschauung weiß, was in Mannheim los ist. Dieser Genosse wollte in Durlach sprechen, die Trabinger und Konorten ließen es nicht zu; er fuhr nach Karlsruhe, um dort der Versammlung darzutun, wie es mit der Bewegung in Mannheim steht. Aber was taten diese Schwächlinge der Freiheit, die Kruse und Trabinger? Ohne daß sie überhaupt wußten, was der Genosse zu sagen hatte, — das heißt, sie werden wohl gekannt haben, was er wollte —, wird er schon zum „Verärrer“ und „Spiegel“ gestempelt, sein Verbandsmitgliedsbuch genügt nicht als Legitimation, mit Gewalt wurde der Mann verhindert, zu sprechen und als der Tapfere, an dem sich unsere Genossen in Karlsruhe ein Beispiel nehmen mögen, dennoch verurteilt, ins Rathaus zu gelangen, wurde er aufs schärfste mißhandelt. Die Herren Kruse und Trabinger wußten, warum sie den Mannheimer Arbeiter nicht sprechen ließen! Der Mann hätte ihnen nämlich das Konzept vorgelesen, er hätte ihnen einen Strich durch ihre Rechnung gemacht; er hätte das heuchlerische Spiel aufgedeckt, das sie da auf dem Marktplatz trieben. Durch diesen Akt der Feigheit haben sich diese „Führer“ der U.S.P. und der K.P.D. um den letzten Rest von Achtung und Ansehen gebracht, den sie etwa noch irgendwo in Karlsruhe besaßen. Dem unerfahrensten und auch dem verhassten Arbeiter müssen jetzt die Augen aufgehen angesichts dieses Verhaltens einem Arbeitssollegen gegenüber.

Nach der Versammlung auf dem Marktplatz folgte der übliche Zug zum Ministerium mit darauffolgender üblichen Entrüstungen, weil Minister Kemmle sich wiederum erklärt hatte, Wichtigeres zu tun, als auf seinem Ministerstuhl auf den hohen Besuch der Herren Redakteure i. D. und a. D. Kruse und Trabinger zu warten. Die Sonntagspostergänger auf dem Marktplatz amüsierten sich ausgehend über diesen Karabamul-Ertrag. Ein Freiheitsler auf dem Marktplatz fragte, als gerade während der Rede Trabingers die Kirche aus war, wo wohl die größeren Dummheiten wären, da drinnen oder hier draußen. Es wurde ihm von verschiedenen Seiten zugerufen: Hier draußen. Was auch unsere Ansicht ist!

Keine Reichswehrtruppen in Mannheim.

Man schreibt uns:

Seit Samstag nachmittag wird in Karlsruhe und auch im badischen Oberland von den Unabhängigen und Kommunisten, natürlich in wohlberechneter Absicht, das Gerücht verbreitet, in Mannheim seien Truppen der Reichswehr einetroffen, um in dem bekannten Konflikt in den Mannheimer Großbetrieben zu intervenieren und die Arbeiter einzugreifen. Es wurden deswegen jenseitig Samstag, wie am gestrigen Sonntag auf dem Karlsruher Marktplatz und vor dem Gebäude des Ministeriums des Innern, sogar vor den Privatwohnungen der Minister, Demonstrationen veranstaltet, um die Zurückziehung der angeblich in Mannheim einmarschierenden Reichswehrtruppen zu erreichen.

Hierzu sei bemerkt, daß dem in Umlauf gesetzten Gerücht jede tatsächliche Unterlage fehlt. Es sind keine Reichswehrtruppen in Mannheim eingetroffen und es ist keinerlei Verfehl an die Truppen ergangen. Alle gegenteiligen Meldungen und Gerüchte widersprechen der Wahrheit.

Wenn dann weiter von unabhängigen und kommunistischer Seite die Notwendigkeit von öffentlichen Demonstrationen mit der Erklärung der Mannheimer Großindustriellen, daß die sogenannten Kadersführer nicht wieder eingestellt und die Streikfrage nicht bezahlt würden, begründet wird, so ist hier der Hinweis geboten, daß die Regelung dieser Betriebsdifferenzen eine Angelegenheit des Verbandes der Mannheimer Metallindustriellen und des deutschen Metallarbeiterverbandes ist. Die Regierung hat mit ihnen nichts zu tun; sie darf sich nicht ohne Not in die intimen Angelegenheiten eines Verus einmischen. Zudem haben nach unserer Kenntnis am Samstag entprechende Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisations gungen; sie werden am heutigen Montag fortgesetzt und führen wahrscheinlich zu einer Einigung, falls, wenn sie erfolgt, am morgigen Dienstag in den Mannheimer Großbetrieben, welche an dem Konflikt wegen der Einsetzung sogen. revolutionärer Betriebsräte beteiligt sind, die Arbeit wieder aufgenommen wird. Im Hinblick auf diese Sachlage ist die Veranstaltung von Demonstrationen nur geeignet, die bestehenden Gegensätze zu verschärfen und unter an sich schwer bedrohtes Wirtschaftsleben noch weiter zu schädigen. Man sollte erwarten dürfen, daß diese Einsicht sich auch bei der Arbeiterpartei immer mehr Bahn bricht.

Das Treiben der beiden vor der Wohnung des Ministers setzte sich gestern den ganzen Tag fort. Wie sie es trieben, dafür nur einige Beispiele. In der Wohnung des Ministers Kemmle war nur dessen Sohn anwesend, der Minister befand sich den ganzen Tag in Mannheim, wie auch alle übrigen Minister bis dienstlich außerhalb Karlsruhes befanden. Der Sohn des Gen. Kemmle gab auf die Frage Trabingers, wo sein Vater sei, zur Antwort, er wisse es nicht. Diese Antwort war für Jakob, den Kommunisten, Anlaß, mit dem stärksten Wutausbruch Begleitern auf der Straße zuzurufen: Seht, Genossen, so erziehen Minister ihre Kinder, sie wissen nicht einmal wo ihr Vater ist. Die Demonstranten stellten darauf Wachen in der Nähe der Wohnung des Ministers auf. Am Abend erziehen der Sausen wieder, immer noch johlend und schreiend, sogar Frauen und Kinder führten sie, diesmal mit. Dann ging es zum Marktplatz, wo sich zur Abwechslung Kruse produzierte. Der Dursche verließ sich hier zu

folgender Leistung: Seht, Genossen, während das arbeitende Volk für seine Rechte kämpft, sitzen die Minister bei Rotenwein und verdammen es! Am Morgen hatte derselbe Mann behauptet, das Ministerium stehe voll Soldaten. Wir überzeugten uns daraufhin sofort, daß kein einziger Soldat sich im Ministerium befand. So wird die Masse systematisch aufgeführt, das sind die „geheiligt“en Massen mit denen diese gewissenlosen Reichen angeblüh kämpfen. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterpartei Karlsruhes sich einmal aufrafft und gegen diese Zerhörer und Verwüster der Arbeiterbewegung Front macht und sie von sich abschüttelt.

Lezte Nachrichten.

Forderung der Reichsregierung an die Aufständischen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier.

Die Regierung hat durch die Dielesfelder Verhandlungen versucht, ohne Anwendung von Gewalt Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiete wieder herzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die Rote Armee hat sich nicht darnach gerichtet. Die Angriffe auf Wesel sind mit größerer Festigkeit fortgesetzt worden. Die Gefangenen werden nicht freigegeben. Die Abgabe der Waffen wird nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Notfreie aus allen Teilen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den roten Truppen begangen werden. Das zwingt die Regierung zum energischen Handeln, um möglichst bald wieder in geordnete Verhältnisse in diesem Gebiete zu kommen und die Bevölkerung vor Willkür zu schützen. Um allen Verführten nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März 12 Uhr mittags eine ausreichende Sicherheit für den Militärbesitzhaber des Wehrkreises VI, Generalleutnant Walter in Münster i. W., für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

- 1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität;
 - 2. Wiedereinsetzung der Staatsverwaltung und der Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch das Eintreten der Rapp-Lüttich-Regierung belastet sind;
 - 3. sofortige Auflösung der Roten Armee;
 - 4. völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich der Einwohnerwehren unter Aufsicht der rechtmäßigen, staatlichen Organe. Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt nachher bestimmt werden;
 - 5. sofortige Freigabe der Gefangenen.
- Sobald diese Bedingungen angenommen sind, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen, andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt die Freiheit des Handelns zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.

Berlin, den 28. März 1920.

Die Reichsregierung:

Reichswehrminister Geßler.

Der Gipfel des U. S. P.-Wahnsinns.

Der gestrige Sonntag brachte in Berlin dreißig Versammlungen der Unabhängigen. Den Inhalt der Reden sah die „Postische Zeitung“ dahin zusammen, die Unabhängigen wünschen ein rein sozialistisches Kabinett unter Führung der Unabhängigen, fordern sofortige Zurückziehung der Truppen aus dem Rheingebiet unter Aufsicht von Vertretern der Regierung und der Unabhängigen, andernfalls werde die Rote Armee weiterkämpfen und wenn sie unterliege, würden die Bergwerke zerstört werden. Auf dem Gipfel des Wahnsinns in Berlin an, auf dem im Grussfall gefaßt zu sein, auch Lebebour in seinen Reden dringend anrät. Crispian bezeichnet das beschlossene Eintreten der Gewerkschaften von den Demokraten bis zu den Kommunisten in den politischen Kampf als einen Wendepunkt in der Gewerkschaftsgeschichte.

(Die Drohung der Zerstörung der Bergwerke darf man wohl mit Recht als den Gipfel des Wahnsinns bezeichnen. Würde sie ausgeführt, so würde das den Untergang unserer Wirtschaft und den vollständigen Verberb Deutschlands bedeuten. Man kann hieraus ersehen, wie weit die Verheerung unklare politische Köpfe bringen kann. Die ganze U.S.P.-Politik fängt an pathologisch zu werden. D. Neb.)

Die Entscheidung über Flensburg.

Das zweite Abstimmungsgebiet bleibt bei Deutschland. Berlin, 27. März. (Privat.) Die internationale Kommission hat nunmehr, wie einer Kopenhagener Nachricht zufolge, „Politiken“ erfaßt, ihren Spruch dahin abgegeben, daß Flensburg mit der ganzen zweiten Zone vollständig bei Deutschland bleiben soll. Die künftige Grenze zwischen Deutschland und Dänemark soll demnach die Südgrenze der ersten Zone bilden. Ueber diesen Vorschlag, der auch die Gemeinden mit deutscher Mehrheit in der ersten Zone Dänemark zuspricht, hat nun der Oberste Rat in Paris zu entscheiden.

RTV. Kopenhagen, 20. Dez. Der deutsch-schleswigsche Ausschuss des Reichstages hielt gestern eine Sitzung ab, in der der Minister für Schleswig die Mitteilung machte, daß die militärische Belegung der ersten schleswigschen Zone durch Dänemark am 1. April stattfinden solle.

Die flüchtigen Staatsverbrecher.

Berlin, 27. März. (Privat.) Nachdem die „Daily Mail“ sich schon melden ließ, daß Lubendorff nach Dänemark geflüchtet sein soll, meldet jetzt die Reichsinformation aus Kopenhagen, daß Stapp und Falkenhäuser auf dänischem Boden eingetroffen sind.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Politische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Ergänztes und Feuilleton Hermann Winter; für den Agententeil Gustav Kräger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft — Abtg. Südstadt.) Dienstag abend nach dem Turnen Versammlung bei Mitglied Volz im „Käulen Grund“ 2838
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Morgen Dienstag abend 1/8 Uhr Ausflugsfahrt, „Gambirusskalle“ 2836
Durlach. (Gemeindeverordneten-Fraktion.) Dienstag, 30. März, abends 1/8 Uhr, Sitzung im „Löwenbräu“. Das Erscheinen ist Pflicht. 2824 Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins.

Schiffertinzel 126, gef. 2, Rehl 218, gef. 6, Magau 389, gef. 4, Mannheim 288.

Wanzen, Käfer etc.

lassen sie an besten durch meine Spezial-Verfahren mit sicherem Erfolg unter Garantie vertilgen
U. V. A. Fr. Springer, Karlsruhe, Telet. 3263
nur Markgrafstraße Nr. 52.
Abonnement für Hausbesitzer unter günstigen Bedingungen.

